

Die Wende sind wir der Welt schuldig geblieben

Von neuen Ufern und fehlenden Brücken

Teil I Wende

1988, das Jahr, in dem die Erinnerungen beginnen sollen, war ich mit meinem zweiten Kind zu Hause und hatte mich gerade entschieden, ein weiteres Jahr Elternzeit anzuhängen. Für das Thema, das ich hier bearbeiten werde, spielen die Jahre 1988/1989 eine entscheidende Rolle. Der Impuls der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983, weltweit einen konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu initiieren, wurde in dieser Zeit in der DDR umgesetzt. Die Initiative dafür kam vom Stadtökumenekreis Dresden. Meine persönliche Geschichte mit dem konziliaren Prozess begann bereits mit der Vollversammlung 1983 in Vancouver, an der ich als Jugenddelegierte des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR teilnehmen konnte.

Zu den Macherinnen des konziliaren Prozesses in der DDR gehörte ich jedoch nicht. Weder war ich unter den Delegierten noch unter den Beraterinnen der ökumenischen Versammlungen.

Gleichwohl ist der gerechte Friede für mich persönlich ein Lebensthema, für den ich in den 1980/1990er Jahren in der Jugendarbeit stritt und versuchte, eigene Akzente zu setzen. Im heißen Sommer 1989 kehrte ich nach der Elternzeit als Landesjugendwartin in die Landesstelle Junge Gemeinde nach Dresden zurück.

In jeder Zusammenkunft von ehrenamtlichen und hauptamtlichen MitarbeiterInnen der evangelischen Jugend wurden heiße Debatten über die gesellschaftlichen Verhältnisse geführt. Mein Versuch, die Entwicklungen in der DDR in einen Weltzusammenhang zu stellen, war oft erfolglos. Der real existierende Kapitalismus hatte sich in meinen Augen, aber auch in den Augen der ökumenischen Partner, nicht als Alternative qualifiziert. So machte ich mir zur Aufgabe, in der Jugendbildungsarbeit die Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum zu thematisieren. Gemeinsam mit der Schülerarbeit wagten wir uns an das Thema der Verschuldung der Länder des Südens. Diese bezeichneten die 1980er Jahre bereits als verlorenes Jahrzehnt, denn alle Bemühungen, den ständig wachsenden Schuldenberg abzutragen, scheiterten an der Hochzinspolitik der USA und den ständig fallenden Rohstoffpreisen. Selbstkritisch betrachtet, muss das wohl für viele sehr weit her geholt gewesen sein, obwohl örtlich doch sehr nah. 1988 tagten Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Westberlin und legten den Ländern des Südens mit ihren Struktur-anpassungsprogrammen die Ketten an. Weit weg war es vor allem deshalb, weil die DDR nicht Mitglied im IWF war. Was die meisten zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht wussten: Die DDR wollte Mitglied werden. So bekam das Ganze eine gefährliche Nähe.

An der Montagsdemonstration in Leipzig habe ich 1989 ein einziges Mal teilgenommen. Wir hatten eine ökumenische Jugenddelegation aus verschiedenen europäischen Ländern zu Gast und die wollte diese natürlich live erleben. Das war bereits Ende November, nach dem Mauerfall, als der Slogan „Wir sind ein Volk“ die Oberhand gewann.

Mit großer Skepsis betrachtete ich auch, was dann an den Runden Tischen geschah. Ich konnte nicht glauben, dass das kapitalistische System innerhalb eines Landes Spielraum lässt für Neues.

Der Krieg der USA gegen den Irak Anfang 1990 schien meine Befürchtungen zu bestätigen. Mit dem Wahlsieg der CDU im März 1990 war ich vollends überzeugt, dass uns keine Alternative genehmigt werden würde.

„Das Netz der Nachdenklichen – eine Form der außersynodalen Opposition“

Innerkirchlich stand uns womöglich Ähnliches bevor. Während in der Gesellschaft Runde Tische eingerichtet wurden, hatte ich das Gefühl, dass uns die erprobte Demokratie in den Kirchen der DDR nicht vor der Übernahme der westlichen Kirchen mit ihren Strukturen schützen würde. Die Hierarchien schienen festgelegt.

Auf einem Seminar der Landesstelle Junge Gemeinde im Frühjahr 1990 nahmen wir den Bericht des damaligen Landesjugendpfarrers über die zukünftige Struktur der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) mit Skepsis entgegen. Es schien, als ob uns im Osten Deutschlands auch die kirchliche Alternative zur EKD verwehrt blieb. Einstimmig beschlossen wir, aktiv zu werden.

Viel stand nach unserer Meinung auf dem Spiel:

die neue Praxis des Kirchensteuereinzugs;

die Einführung des Religionsunterrichtes;

die sich öffnende Schere bei der Vergütung kirchlicher Mitarbeiterinnen;

die Übernahme des Militärseelsorgevertrages.

Deckel zu

Die Zeit drängte. In einem rasanten Tempo sollten die Strukturen übernommen werden. Um unserer Gegenstimme Gewicht zu verleihen und UnterstützerInnen zu gewinnen, gründeten wir ein Netz. Der Name sollte Dialogbereitschaft signalisieren. So nannten wir uns „Netz der Nachdenklichen“.

Die neu gewählte Synode trat im Frühjahr 1990 das erste Mal zusammen. Was lag näher, als in einer spektakulären Aktion die nach unserer Meinung wichtigen Themen in der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Aktion startete 5 Minuten vor Beginn der ersten Sitzung. Etwa 20 ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen aus verschiedenen Kirchgemeinden Sachsens trugen einen Sarg mit dem offenen Deckel in den Sitzungssaal, stellten diesen auf die Bühne und verwiesen mit mehreren kurzen Statements darauf, dass uns eine Beerdigung der Erfahrungen und Erkenntnisse als evangelische Kirchen in der DDR droht. Wir appellierten an die neu gewählten Synodalen, dies nicht bedingungslos zuzulassen. Noch sei alles offen.

Während wir die Bühne verließen, gab es einen lauten Knall. Der Präsident der Synode schlug den Deckel zu. Wir waren getroffen. Emotionslos wurde die Tagung eröffnet. Das Ereignis wurde tot geschwiegen. Alle weiteren Aktivitäten des „Netzes“ standen somit unter diesem Vorzeichen?

„ Herr Pfarrer, sind Sie in der Kirche?“

Eine kleinere Gruppe innerhalb des „Netzes“ wollte ein deutlicheres Zeichen setzen. Der Kirchensteuereinzug durch das Finanzamt löste die Sorge aus, dass die Kirche mit der Inanspruchnahme einer staatlichen Dienstleistung die kritische Distanz und Unabhängigkeit gegenüber staatlichem Handeln verlieren könnte. So nutzten wir die Gelegenheit, auf der ersten Lohnsteuerkarte nach der Wende unter Kirchenzugehörigkeit einen Strich zu machen. Unsere Kirchensteuern konnten demnach nicht über das Finanzamt eingezogen werden. Über individuelle Vereinbarungen mit der jeweiligen Kirchengemeinde zahlten wir natürlich unsere Steuern. Zunächst stimmte das Landeskirchenamt diesem Verfahren zu. In mindestens zwei Fällen führte es dann doch zu disziplinarischen Schritten seitens des Landeskirchenamtes.

Die Mitarbeiterinnen im Finanzamt aber waren vollends verwirrt. Eines Tages erhielt ein Pfarrer einen Anruf vom Finanzamt mit der Frage: „Herr Pfarrer, sind Sie in der Kirche?“

Nachdem die Synoden Beschlüsse gefasst hatten, die unsere Anliegen in keiner Weise aufgriffen, wandten wir uns mit einem kurzen Text an Gemeinden, ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen mit dem Versuch, gemeinsam nach möglichen Wegen zu suchen:

Wenn ein Kirchenvolk vor wichtigen Entscheidungen nicht gefragt wird, handelt es sich um nichts weniger als um eine andere Form von Diktatur.

Wenn eine Kirche staatliche Finanzämter benutzt, um zu Geld zu kommen, handelt es sich um nichts weniger als eine neue Ehe zwischen Thron und Altar.

Wenn eine Kirche den Religionsunterricht an den Schulen befürwortet, deklassiert sie den Katechumenat der Gemeinde zum überflüssigen Hobbyunternehmen.

Wenn eine Kirche die Überwindung eines Weltanschauungsmonopols zu recht begrüßt, zugleich aber und stattdessen die Verbreitung ihrer eigenen Lehre an den Schulen installiert, degradiert sie selbst das lebendige Evangelium zur abrechenbaren Ideologie.

Wenn eine Kirche ohne Geld nicht nach Konzepten sucht, die dieser Situation gerecht werden, sondern sich Unsummen von Geld schenken lässt, das den eigentlich Armen dieser Erde gehören müsste, macht sie die Falschen zu ihren Brüdern und Schwestern.

(Der Entwurf stammt von Dr. Gottfried Schleinitz. Das Netz machte ihn sich zu eigen.)

Fazit

In der Krise einer Gesellschaft oder eines Volkes entstehen neue Gruppen und Bewegungen. Sieben Jahre nach der Gründung des Netzes haben manche aufgegeben, andere sind durch die Entwicklungen in persönliche Krisen geraten. In diesem kurzen Zeitraum ist binnenkirchlich alles eingetreten, was wir befürchtet und wovor wir gewarnt hatten. Die Krise des Netzes war vorprogrammiert. Immerhin gelang es uns 1997 noch, eine Synodaltagung zum Friedensthema zu initiieren.

Und weil wir auch das fehlende Engagement unserer Landeskirche im Blick auf den 2%-Appell (1) vermissten, gründeten wir einen Fonds, mit dem Projekte und Initiativen unterstützt werden sollten, die im Sinne von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aktiv werden.

Die letzten Mittel aus diesem Fonds wurden 2001 für die Arbeitsstelle Eine Welt zur Finanzierung einer vorübergehend Beschäftigten Stelle eingesetzt.

Teil II Umkehr

Die Umkehr wurde zum Leitwort der Ökumenischen Versammlungen 1988/1989. 10 000 Zuschriften aus der gesamten DDR machten den Druck auf Veränderung vor allem in der eigenen Gesellschaft deutlich.

„Die Wende war nicht die Umkehr“ oder „Die Wende sind wir der Welt schuldig geblieben“ – das sind inzwischen stehende Redewendungen, die von vielen Aktivisten geprägt worden sind.

Um den konziliaren Prozess ist es ruhig geworden. Aber auch 20 Jahre später sind die Kernprobleme unserer Welt den Bereichen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zuzuordnen und drängender als je zuvor.

Mein Aktionsradius hat sich 1996 mit der Einrichtung einer Stelle für Mission, Ökumene und entwicklungsbezogene Bildung in der Landeskirche verändert. Als Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst kann ich auf dieser Stelle Impulse aus der Ökumene in die Gemeinden tragen.

Gleichzeitig arbeite ich in verschiedenen bundesweiten Gremien, z.B. der Kammer der EKD für Nachhaltigkeit, in denen offizielle kirchliche Stellungnahmen erarbeitet werden. Der Spagat zwischen Gemeindeebene und EKD-Ebene ist enorm. Während in Kirchen leitenden Gremien und in entsprechenden Stellungnahmen immer noch davon ausgegangen wird, die soziale Marktwirtschaft sei das bestehende System, das es zu erhalten und auszubauen gilt, werden in den Kirchengemeinden bereits die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung mit ihren sozialen und psychischen Folgen in der Mittelschicht sichtbar. Auch wenn diese im Osten nicht derartig dramatisch sind wie im Süden, so sind doch die Wirkungsmechanismen vergleichbar. Nach Hartz IV hat sich das Klima in den Gemeinden noch einmal verändert. Wenn die Gemeinden heute erfahren, dass in der Ökumene an einer Position zu diesen Fragen gearbeitet wird und ihre Kirche nicht darauf reagiert, werden sie wütend.

Die Globalisierung als größte Herausforderung unserer Zeit

In mein Büro kommen täglich Nachrichten, Informationen und Berichte über die Lebenssituation von Menschen in den Ländern des Südens. Für einen einzelnen Menschen ist das kaum zu ertragen: Kinder schuften in den Minen in Kolumbien, Frauen werden in den Textilfabriken in Asien oder Mittelamerika wie Sklavinnen behandelt, Kaffeebauern können vom Erlös des Anbaus aufgrund der niedrigen Weltmarktpreise nicht mehr leben. Kleinbauern im Süden verlieren ihre Existenzsicherung, weil der Markt plötzlich von subventionierten Billigprodukten aus dem Norden überschwemmt wird. Umwelt und Sozialstandards finden in der Produktion keine Beachtung.

Gerechtigkeit im Welthandel ist in weiter Ferne. Noch immer bestimmen die Interessen der mächtigen und reichen Staaten die Welthandelspolitik und lassen vor allem den wirtschaft-

lich Schwachen wenig Spielraum. Politische und militärische Macht werden als Instrumente benutzt, um ungefährdeten Zugang zu Ressourcen und zum Schutz von Investitionen und Handel sicherzustellen. Die neoliberale Wirtschaftslehre entbindet die Kräfte der ökonomischen Globalisierung, die Grenzen nicht anerkennt. Diese Form der Liberalisierung hat schnell zu tiefgreifenden politischen, sozialen, kulturellen und sogar religiösen Rückwirkungen geführt, die das Leben von Menschen in aller Welt durch wachsende Ungleichheit, Verarmung, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung betreffen, und das nicht nur in den Ländern des Südens sondern mittlerweile auch hier bei uns.

Die Kirchen des Südens und kirchliche Basisbewegungen weltweit fragen deshalb, ob es nicht an der Zeit wäre, „dem Rad in die Speichen zu fallen“ (Bonhoeffer).

Ein System, das heute jährlich über 40 Millionen Menschen an Hunger und vermeidbaren Krankheiten sterben lässt, fordert zu einer klaren Stellungnahme gegen dasselbe heraus.

Die ökumenische Debatte

Bereits 1995 erhoben die reformierten Kirchen im südlichen Afrika die gegenwärtige ökonomische Situation zu einer Bekenntnissituation, in der die Kirche eindeutig ja oder nein sagen muss (status confessionis), wenn sie nicht ihr Kirchesein verlieren will. Sie formulierten: „Mit dem Mechanismus der globalen Wirtschaft steht heute das Evangelium selbst, die gute Nachricht für die Armen, auf dem Spiel.“

Vor allem die Kirchen des Südens, die an dem ökumenischen Prozess des Ökumenischen Rates der Kirchen (AGAPE-Prozess: Alternativ Globalization Addressing People and Earth – Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde) teilgenommen haben, bekräftigten, dass die Ideologie des Neoliberalismus unvereinbar ist mit der Vision der *oikoumene*, der Einheit der Kirche und der ganzen bewohnten Erde. Weitreichende und wachsende Ungerechtigkeit, Ausschluss und Zerstörung sind der Gegensatz zum Teilen und zur Solidarität, die unabdingbar dazugehören, wenn wir Leib Christi sein wollen. Was hier auf dem Spiel steht, ist die Qualität kirchlicher Gemeinschaft, die Zukunft des Gemeinwohls der Gesellschaft sowie die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses der Kirchen und ihrer Verkündigung Gottes, der mit den Armen und für die Armen da ist.

Aufbruch

Für viel Aufregung, vor allem in der deutschen Delegation, sorgte der Vortrag der brasilianischen Theologin Nancy Cardoso auf der Vollversammlung des ÖRK 2006 in Porto Alegre, an der ich als Beobachterin der Landeskirche teilnahm. Im Rahmen des Plenums zur Globalisierung provozierte sie in ihrem Vortrag mit folgenden Sätzen:

„Unsere Theologien und pastoralen Tätigkeiten wirken müde und leer. Das ökonomische System hat von der westlichen Religion Besitz ergriffen und lässt den Kirchen mehr oder weniger großzügige Spielräume. Vor ihnen liegt die einfachste Option, sich als integraler Bestandteil in das kapitalistische System, das alle Bereiche für sich beansprucht, einzupassen. Sie tun dies, indem sie religiöses Gut wie Waren und Dienstleistungen anbieten, und zwar in Form von mächtigen fundamentalistischen Botschaften oder charismatischen Spektakeln mit Marketingcharakter, die Wohlstand verheißen.

Hier gilt, die schwierige und notwendige Option zu wählen. Wir müssen wieder lernen zu sagen: *Aufgrund deiner großen Ungerechtigkeit und aufgrund deines unehrlichen Han-*

delns hast du den heiligen Ort entweiht. (Hesekiel 28,6 – nach einer Übersetzung von Nancy Cardoso)

Die Welt und ihre Lebewesen, die Völker und ihre Kulturen, die Erde und das Wasser und das Saatgut... alles was belebt ist, ist heilig! Kein wirtschaftliches System, das Ungerechtigkeit bewirkt und unehrlichen Handel fördert, kann im Namen Gottes gesegnet, legitimiert oder toleriert werden ...

Die Theologie, die wir heute betreiben, ist jedoch steril, weil sie versucht, sich hinter systematischen und exegetischen Allgemeinheiten zu verstecken. Sie führt uns nicht dazu, dass wir Dinge beim Namen nennen, dass wir auswählen, Vorlieben äußern, Partei ergreifen, Dinge ablehnen, uns aufregen, etwas anklagen, widerstehen.“ (aus „Das Imperium kehrt zurück“, 200 Seiten, ISBN 978-93281-35-0 Verlag EREV RAV)

Weil es für die Mehrheit der Menschen in den Ländern des Südens eine Frage auf Leben und Tod ist, kann der globale Süden nicht verstehen, warum die Kirchen im Norden nicht zu einem ernsthaften Gespräch über die Realität und zu klaren Antworten darauf bereit sind. Schließlich schreitet der Abbau des Sozialstaats auch in Europa täglich weiter fort, so dass auch die Kirchenmitglieder der Mittelklassen immer mehr betroffen sind.

Globalisierungsdebatte in der sächsischen Synode

Noch heute bin ich leicht verwirrt, wenn ich mich an die Debatte in der gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse Sozialethik und Theologie über die Frage, ob eine andere Welt möglich ist, erinnere. Bis dahin bin ich davon ausgegangen, dass die Rede vom Reich Gottes darauf zielt, den Himmel auf Erden wenigstens ansatzweise zu errichten. Stattdessen wird mit einer biblischen Geschichte argumentiert, in der Jesus dem Unmut der Jünger auf Marias Wohltätigkeit begegnet mit den Worten „Arme habt ihr allezeit“. Der Verweis auf diese biblische Geschichte war eindeutig zur Legitimierung der Armut vorgebracht worden. Aus biblischer Sicht sei also eine Welt ohne Armut nicht möglich. Schließlich ließ sich die Synode in der Botschaft an die Gemeinden (2) immerhin von dieser Vision herausfordern.

Ich frage mich, was noch geschehen muss, damit die Kirche den Ort erkennt, an dem sie zu stehen hat und den Platz, den Gott uns zuweist.

Es geht eine Epoche zu Ende

Während ich diesen Text verfasse, hat die Evangelische Akademie in Meißen gemeinsam mit dem Landeskirchenamt gerade beschlossen, den Studienbereich „Arbeitswelt und Wirtschaft“ zu ersetzen durch den Bereich „Naturwissenschaft und Medizinethik“.

Es geht kein vorübergehendes Projekt zu Ende, sondern eine Epoche: Die Epoche des ostdeutsch tradierten gesellschaftspolitischen Engagements der Kirche – geleitet vom konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und von der vorrangigen Option für die Armen und Benachteiligten – für die geschundene Kreatur. Die Schließung des Studienbereiches Arbeitswelt & Wirtschaft, von den NeugründerInnen der Evangelischen Akademie nach der „Wende“ so angelegt, ist ein weiterer Meilenstein in dieser Entwicklung.

Dabei leben wir in einer Zeit, in der zukunftsweisende Ideen und Diskussionen zu den Fragen von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit notwendiger denn je sind, in der Fragen der

Teilhabe global und lokal gestellt, in der der Ausstieg aus der Wachstumsfalle und die Globalisierung gestaltet werden müssen. Der Glaube bietet Orientierung für ein verantwortliches Leben. Einen wichtigen Ort, dafür praktische Anregung und visionäre Leitlinien zu erhalten, wird es bald nicht mehr geben.

Feigenblatt oder Stachel im Fleisch

Des Öfteren begegnen mir Menschen, die überrascht sind, dass es in der Landeskirche solch eine Stelle wie die Arbeitsstelle Eine Welt noch gibt.

Gelegentlich kann man auch den Eindruck gewinnen, dass sie eine Feigenblattfunktion erfüllt. Aber die Basis wird breiter, Bündnisse mit den sozialen Bewegungen z.B. attac, sind geschmiedet. Der Stachel im Fleisch ist spürbar.

An vielen Orten werden Alternativen bereits gelebt, sei es im Fairen Handel, durch ethische Geldanlagen oder die Einführung des Regionalgeldes (3). Zahlreiche Aktionen wie die Kampagne zur Entschuldung der Länder des Südens; der Widerstand gegen die Politik der G-8 Staaten (2007 in Heiligendamm), der großen Textilkonzerne mit ihren menschenverachtenden Arbeitsbedingungen oder der Welthandelsorganisation werden von Christinnen und Christen, kirchlichen Institutionen und einzelnen Gemeinden unterstützt.

Und selbst wenn wir durch unseren veränderten Lebensstil und die verschiedenen Formen des Widerstandes keinen schnellen sichtbaren Erfolg spüren, bereiten wir uns doch auf das zukünftige Leben vor, das kommen wird. Davon bin ich überzeugt.

„Unser Glaube sieht die Gnade Gottes da, wo eine andere Welt möglich wird, und ist nicht eine Kraft und ein Reich der Siegenden. Unser Glaube ist vielmehr wie ein Liebesabenteuer, in dem es um die Sorge für das Leben, die Welt und um uns selbst geht“ (Nancy Cardoso, ebenda).

Erläuterungen

(1) 2%-Appell:

Ausgangspunkt für ein stärkeres Engagement der Kirchen im Blick auf die Weltverantwortung war der Ruf der Kirchen aus dem Süden bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala 1968 unter dem Thema „Siehe, ich mache alles neu“. In einer Erklärung heißt es:

„Wir hörten den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen Menschenwürde. Millionen suchen nach einem Sinn des Lebens...“

Die Kirchen wurden gebeten, „einen solchen Anteil ihrer regulären Einkünfte für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, der ein wirkliches Opfer darstellen würde. Dieser Betrag sollte unabhängig von den Ausgaben für Mission und andere Programme gezahlt werden“.

In Folge der Diskussionen hat die EKD-Synode von 1968 in Berlin die Weltverantwortung der Kirchen - d.h. den Einsatz für mehr Gerechtigkeit und für Armutsreduzierung - als eine

unverzichtbare Aufgabe der evangelischen Kirchen in Deutschland festgeschrieben. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe hat sie u.a. an alle Gemeinden und Kirchen den Appell gerichtet, 2-5 % ihrer Kirchensteuereinnahmen für diese Aufgabe der Kirche zur Verfügung zu stellen.

Das war die Gründungsstunde des Kirchlichen Entwicklungsdienstes.

In der DDR wurde der Appell von Uppsala in einem neu gegründeten Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR aufgenommen. Seine Mitglieder fühlten sich von Anfang an der Botschaft von Uppsala verpflichtet.

Den Gemeinden wurde der 2% Appell nahe gelegt.

Es ist leider nicht bekannt, ob oder wie viele Gemeinden dies heute noch praktizieren.

Aus dem Haushalt der Landeskirche wird ein Anteil unter 1% der Kirchensteuereinnahmen für diese Aufgaben in einen Fond der EKD eingezahlt. Aus diesem wiederum wird zu einem großen Teil die Arbeit des Evangelischen Entwicklungsdienstes finanziert.

(2) Botschaft an die Gemeinden, Synode Frühjahr 2006

Drucksache 186, abgedruckt in der Veröffentlichung der Frühjahrssynode „Globalisierung gestalten – Chancen und Risiken“

(3) Das Regionalgeld

(auch Regiogeld) ist ein Medium, das innerhalb einer Region als Zahlungs-, Investitions- und Schenkungsmittel verwendet wird. Dies wird zwischen den Verbrauchern, Anbietern, Vereinen und Kommunen demokratisch vereinbart. Es dient dazu, regionale wirtschaftliche Kreisläufe zu stabilisieren. Dadurch bleibt die Kaufkraft in der Region.

In Sachsen gibt es z.B. den Elbtaler und den Batzen (Leipzig).

Christine Müller, geb. 1.10.1955, Dipl. Religionspädagogin

Am Anfang der beruflichen Laufbahn stand eine Ausbildung zur Maschinen- und Anlagenmonteurin mit Abitur, der sich eine Ausbildung zur Gemeindehelferin anschloss. Als Landesjugendwartin in der Landesstelle Junge Gemeinde und später im Landesjugendpfarramt bearbeitete sie die Themen Ökumene und entwicklungsbezogene Bildung.

Seit 1996 leitet sie die Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens.

Beitrag aus dem Buch „Über Brücken zum anderen Ufer“

Herausgeber: Gottfried Hänisch, Wartburg-Verlag, 2008